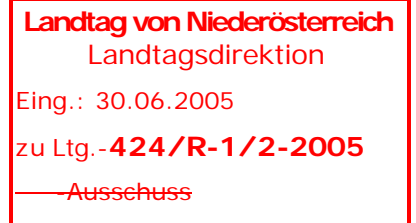


30.6.2005

Resolutionsantrag



des Abgeordneten Moser

zur Vorlage der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes NÖ für das Jahr 2004, LT-424/R-1/2

betreffend **intakte Zukunftsperspektiven für den Ländlichen Raum**

Derzeit gibt es in Europa heftige Diskussionen über die künftige Mittelverwendung der Union. Diese Diskussionen haben den Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 16./17. Juni 2005 scheitern lassen.

Hauptverantwortlich dafür war Großbritannien, das die Frage der Finanzvorschau mit einer radikalen und inakzeptablen Kürzung der Agrarförderungen verknüpft hat, obwohl 2002 die Staats- und Regierungschefs einstimmig eine Stabilisierung der Agrarzahungen bis 2013 beschlossen haben. In Diskussion sind nun jene Budgetmittel im gesellschaftlich akzeptiertesten Bereich, nämlich der Ländlichen Entwicklung.

Finanzielle Einschnitte, wie sie von den österreichischen und europäischen Sozialisten vorgeschlagen werden, hätten damit nicht nur für die Bäuerinnen und Bauern extrem negative Auswirkungen, sondern für alle Österreicherinnen und Österreicher. Es geht um 530.000 Arbeitsplätze im Ländlichen Raum.

Eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur ist Voraussetzung für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Ländlichen Raum. Mit den richtigen wirtschafts- und steuerpolitischen Rahmenbedingungen ist es möglich, den Wirtschaftsstandort Ländlicher Raum attraktiv zu erhalten. Gewerbe, Handel und Landwirtschaft können damit Arbeitsplätze im Ländlichen Raum erhalten und neue schaffen. In Diskussion stehende Kürzungsvorschläge setzen Landwirtschaft, Gewerbe und Arbeitnehmer im Ländlichen Raum unter massiven Druck und verschärfen das Problem der Arbeitslosigkeit um ein Vielfaches.

Österreich lukrierte für die Ländliche Entwicklung bisher überproportional viele Mittel aus Brüssel, weil wir besonders auf umweltgerechte Programme für unsere klein strukturierte Landwirtschaft gesetzt haben. Zur Illustration: Während in Österreich zwei Drittel der Agrarausgaben in die Ländliche Entwicklung fließen, sind es beispielsweise in Großbritannien nur 5 Prozent.

Ein Vergleich der Strukturen verdeutlicht die unterschiedlichen agrarpolitischen Konzepte, die in Österreich und Großbritannien verfolgt werden:

Rinder je Betrieb:	Österreich	21	GB	91
Durchschnittliche Milchquote je Betrieb:	Österreich	45.000 kg	GB	630.000 kg

17% der Betriebe in Großbritannien sind größer als 100 ha. In Österreich handelt es sich lediglich um 1,4 % der Betriebe.

Daher ist es wenig erstaunlich, dass der österreichische Vorschlag einer Staffelung der Marktordnungszahlungen nach der Betriebsgröße oder einer Förderobergrenze für Großbetriebe von Großbritannien, aber auch von Deutschland, stets abgelehnt wurde.

Die Budgetvorschläge Blairs würden nach Expertenberechnungen dazu führen, dass zwei Millionen Bauern den Weg in die Arbeitslosigkeit antreten müssten.

Umso unverständlicher ist, dass auch in Österreich manche ebenso für eine Halbierung der Zahlungen für den Ländlichen Raum eintreten und damit tausende Arbeitsplätze und insbesondere bäuerliche Familien in ihrer Existenz gefährden.

Der Vergleich zwischen Forschungs- und Agrarbudget der EU, wie er von den europäischen und österreichischen Sozialisten oftmals gebracht wird, hinkt ebenso: der Löwenteil für die Forschung stammt nämlich aus den nationalen Budgets der EU-Mitgliedstaaten. Im Gegensatz dazu wird die Landwirtschaft überwiegend aus EU-Mitteln finanziert. In Summe fließt – über alle Budgets der Mitgliedsstaaten zusammengerechnet – lediglich 1 Prozent der öffentlichen Ausgaben in der Europäischen Union in die Landwirtschaft.

Für Österreich steht jedenfalls viel auf dem Spiel. Wir verwenden über 60% der Agrargelder für die ländliche Entwicklung, wohingegen der EU-Schnitt nur bei 15% liegt. Das Vereinigte Königreich wendet demgegenüber lediglich 5% für die Ländliche Entwicklung auf.

Den erfolgreichen Schwerpunkt im ländlichen Entwicklungsprogramm hat Österreich in den vergangenen Jahren beim Umweltprogramm ÖPUL und der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und Berggebiete gesetzt. Rund 80% der Betriebe mit 90% der Fläche nehmen am österreichischen Umweltprogramm ÖPUL teil und halten damit freiwillig höhere Standards als notwendig ein. Mit der inhaltlichen Einigung vom 20. Juni 2005 über die Verordnung zur Ländlichen Entwicklung kann dem Umweltprogramm und der Bergbauernförderung auch künftig der Stellenwert eingeräumt werden, der für die zukünftige Entwicklung unseres Ländlichen Raumes von enormer Bedeutung ist.

Mit diesen Budgetmitteln können in Österreich rund 200.000 Betriebe abgesichert werden, davon knapp die Hälfte Bergbauernbetriebe. Einen ebenso wichtigen Beitrag zur Ländlichen Entwicklung leisten auch die Bundesländer. So stellt das Land Niederösterreich jährlich rund € 70 Mio. zur Verfügung.

All diese bäuerlichen Betriebe bilden die Grundlage für die hoch qualitative Nahrungsmittelproduktion in Österreich, auf die die Österreicher zu Recht stolz sind. Die Landwirtschaft leistet aber durch die Landschaftspflege auch einen maßgeblichen Beitrag zur unvergleichlichen Kulturlandschaft Österreichs, die Erholungsraum nicht nur für die Österreicherinnen und Österreicher bietet, sondern auch für die zahlreichen Gäste aus aller Welt. Die bäuerlichen Betriebe sind ebenso der wesentliche Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung im Ländlichen Raum. Allein im Jahr 2003 investierte die Land- und Forstwirtschaft mehr als 6 Milliarden €. Der Agrarsektor sichert damit Arbeitsplätze in Industrie, Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

Der Gefertigte stellt daher den

Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird ersucht, den Bund aufzufordern

- das erfolgreiche österreichische Agrarmodell auf europäischer Ebene abzusichern, und damit einer Kehrtwendung der europäischen Agrarpolitik nach den Vorstellungen der europäischen Sozialisten entschieden entgegenzutreten,
- Lebensqualität, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung in Berggebieten und benachteiligten Gebieten auch weiterhin zu fördern, um einen ungebremsten Strukturwandel hin zu großbetrieblichen Strukturen à la Großbritannien zu verhindern,
- die positiven Umwelteffekte der nachhaltigen und umweltfreundlichen Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen auch hinkünftig zu stärken und diese Leistungen auch entsprechend zu honorieren,
- die „Ländliche Entwicklung“ als Impulsgeber für Wertschöpfung im ländlichen Raum für KMUs, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der europäischen Diskussion zu forcieren,
- in den EU- Budgetverhandlungen für eine positive Weiterentwicklung der „Ländlichen Entwicklung“ im Interesse eines vitalen ländlichen Raumes und der österreichischen bäuerlichen Familien einzutreten und
- nach den umfassenden Reformen (Agenda 2000, GAP-Reform) für verlässliche und planbare Rahmenbedingungen einzutreten, die für unternehmerische Entscheidungen wichtig sind